



**Rede von**

**Guido van den Berg MdL**

**in der 35. Sitzung des Ausschuss für Wirtschaft,  
Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**

**zum von der FDP-Fraktion beantragten  
Tagesordnungspunkt:**

**„Landesregierung beschließt  
Braunkohleausstieg und vorzeitiges Aus für  
den Braunkohletagebau Garzweiler II“**

**am Mittwoch, 2. April 2014  
im Landtag von Nordrhein-Westfalen  
in Düsseldorf  
(in APr 16/514)**

[www.guido-vandenbergh.de](http://www.guido-vandenbergh.de)

**Guido van den Berg (SPD):** Wenn ich morgens aufstehe, sehe ich aus meinem Schlafzimmerfenster einen Absetzer aus dem Tagebau Garzweiler. Ich wohne unmittelbar an der ehemaligen Abbaukante. Damals hieß der Tagebau noch Frimmersdorf-West-West. Mittlerweile ist er in Garzweiler umbenannt worden. Ich fühle mich natürlich dieser Region verpflichtet.

Wenn man das bekennt, gibt es direkt Probleme. Man gerät nämlich in ein Feuer. Das hat der Kollege Thiel schon geschildert. Man wird immer sofort verschrien – entweder als Lobbyist von RWE oder als jemand, der nur die Interessen seiner kleinen Region im Kopf hat. Das will ich beides bestreiten.

Zum einen habe ich zu denen gehört, die schon früh – in der SPD war das damals revolutionär – dafür geworben haben, dass ein Kraftwerkserneuerungsprogramm im Rheinischen Revier kein Kraftwerksausbauprogramm sein darf, und gefordert haben, dass Altanlagen abgeschaltet werden müssen. Das war ganz konkret mit Arbeitsplatzabbau verbunden. Wir mussten uns mit den Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Standorten auseinandersetzen und dafür werben.

Zum anderen habe ich auch immer dafür geworben, dass man schaut, welche Rolle die Braunkohle zukünftig für den Industriestandort insgesamt haben wird, also nicht nur guckt, was das konkret für die gut 10.000 Arbeitsplätze direkt im Rheinischen Revier und die weiteren 30.000 Arbeitsplätze bei der zuliefernden Industrie bedeutet, sondern auch in den Blick nimmt, welchen Stellenwert die Braunkohle eigentlich hat. Wir alle wissen, dass die Rolle der Braunkohle sich im Rahmen der Energiewende dramatisch verändern muss. In der Vergangenheit kannten wir die Braunkohle als preisgünstigen, subventionsfreien Energieträger, der unter anderem die Grundlast abdeckt. Das ist nicht ihre Rolle der Zukunft. Sie wird die Aufgabe haben, einzuspringen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, und schnell wieder herauszugehen, wenn die Erneuerbaren ausreichend Leistung erbringen. Das bedeutet schon von der Logik her, dass die Braunkohlemengen zurückgehen werden.

Ich hatte das Vergnügen – an manchen Stellen war es auch nicht so vergnüglich –, mit Reiner Priggen in den Koalitionsverhandlungen darüber verhandeln zu dürfen. Wir haben uns da auf den Weg gemacht und klar verständigt. Das entsprechende Signal muss man dann auch senden. Ich musste dann auch nach Hause fahren und im Rheinischen Revier deutlich machen: Ja, wir werden Braunkohle über eine ganz lange Zeit brauchen. Sie wird eine wichtige Rolle einnehmen. Nach allem, was wir heute absehen können, werden wir aber keine Anschließtagebaue mehr benötigen. – Auch da habe ich schwierige Diskussionen mit den Betriebsräten geführt. Ich habe das sehr lange und sehr ausführlich mit ihnen besprochen und Konsens in der Region organisiert.

Was die Frage angeht, ob man wirklich schon jetzt entscheiden muss, ob wir den vierten Abschnitt vollständig brauchen oder ob dort bestimmte Ortsteile herausgenommen werden können und man Holzweiler, Dackweiler und Hauerhof zur Disposition stellen kann, bin ich anderer Meinung. Das habe ich auch sehr deutlich gemacht. Ich glaube, dass das das falsche Signal ist, weil ich in der Tat glaube – da bin ich ganz bei Herrn Bombis, der das sehr sachlich dargestellt hat –, dass man das zu dem Zeitpunkt entscheiden sollte, zu dem es wirklich ansteht.

Nun ist diese Entscheidung ein Stück weit anders getroffen worden. Das Wichtigste ist jetzt, die Verunsicherung aufzuheben, die es in dieser Region im Augenblick gibt. Ich sage das sehr bewusst; denn ich habe gestern Abend noch bis gegen 22 Uhr mit Betriebsräten aus Garzweiler darüber diskutiert. Sie haben alle die Botschaften wahrgenommen, die auch heute wieder gesendet wurden – nach dem Motto, 2030 falle der Hammer, vielleicht sogar schon früher. Im Betrieb gab es das Gerücht – ich sage das ganz offen –, der Tagebau gehe nur noch bis zur Autobahn, und dann sei endgültig Schluss.

Das ist heute durch den Minister für die Landesregierung sehr klar und eindeutig richtiggestellt worden. Es gibt – Zitat – „keine neue zeitliche Begrenzung“. Im Gegenteil: Im vierten Abschnitt werden wir die Abbaugrenze auch verschieben müssen, um eine vernünftige Lösung für Holzweiler zu finden; denn es ist ja keine einfache Situation, wenn ein Ort am Ende auf drei Seiten vom Tagebau umgeben ist. Daran muss man also mit hoher Sachlichkeit herangehen.

Die wichtigste Botschaft für die Beschäftigten lautet aber: 2030 ist nicht Schluss. Im Gegenteil: Der Tagebau hat einen genehmigten Braunkohlenplan. Dieser Plan ist in Kraft. Der politische Beschluss, der gefasst worden ist, zeigt deutlich die Perspektive, dass wir auch in diesen vierten Abschnitt hineingehen. Das ist für mich eine wichtige und entscheidende Botschaft.

Ich kritisiere meine eigene Regierung – da bin ich vielleicht anders unterwegs als andere – auch an Stellen, an denen ich das für richtig halte, und verzichte nicht auf parteipolitischen Erwägungen darauf. An dieser Stelle fühle ich mich verpflichtet, Menschen beizustehen, die Sorgen und Nöte haben, aber auch Menschen, die durch Missverständnisse, die in die Welt gesetzt werden, unnötig verunsichert werden.

Genauso wichtig ist Folgendes: Das mit der Braunkohle wird und muss sich im Rheinischen Revier ändern – auch was die Zukunftsperspektiven angeht. Wir müssen das, was sich dort mit der Innovationsregion Rheinisches Revier aufgemacht hat, auf ein ganz anderes, stärkeres Fundament setzen. Das haben wir in diesem Ausschuss auch schon zur Sprache gebracht und diskutiert. Jetzt stehen wir dieser Region gegenüber ein Stück weit in der Verantwortung, glaube ich. Es geht darum, dass das konkret an Projekten sichtbar wird und dass wir dort eine Landesregierung an unserer Seite wissen, die das auch mit Verve, Mut und Vorangehen unterstützt; denn dann mobilisiert man Kräfte. Diese Menschen sind eigentlich stolz auf ihre Region. Sie haben sehr viele Lasten auf sich genommen. Das wissen wir, die wir uns mit der Braunkohle beschäftigen, sehr wohl. Wer schon einmal Umsiedlungen miterlebt hat, weiß das auch. Diese Leute wollen auch etwas für ihre Region erbringen. Da muss meines Erachtens mehr passieren.

Was mich an dieser Stelle wirklich erschreckt – das führt auch nicht zum Ziel –, ist der Versuch, daraus ein parteipolitisches Spiel zu machen. Ich nehme den Kollegen Bombis an dieser Stelle ausdrücklich ab, der das sehr differenziert dargestellt hat. Von anderen Abgeordneten wird hier aber so getan, als seien die einen bei der Braunkohlepolitik verlässlich und die anderen nicht. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich schämen, wenn Sie das behaupten.

(Thomas Eiskirch [SPD]: So ist es!)

Der Kollege Wirtz hat in zahlreichen Sitzungen mit der Rücknahme von Abbaukanten faktisch die Verkleinerung des Tagebaus gefordert. Er spricht gleich nach mir. Dann kann er ja sagen, ob er diese Forderung jetzt zurücknimmt oder ob die CDU sie aufrechterhält und damit weiter an der Verkleinerung der Tagebaue festhält.

Ich erinnere auch daran, dass der Kollege Dr. Hachen sich in der Landtagssitzung am 17. Oktober 2013 folgendermaßen dazu geäußert hat:

*„... dann liegen unbestreitbar neue energiepolitische Rahmenbedingungen vor, die auch eine erneute Überprüfung weiterer Notwendigkeit des Tagebaus erfordern.“*

Außerdem hat er in dieser Rede erklärt:

*„Ich habe den Widerstand in jeder freien Minute unterstützt.“*

Das ist die Geschlossenheit Ihrer CDU an dieser Stelle. – Winken Sie nicht ab, Herr Kufen.

Ich komme aus dem Wahlkreis, den früher Jürgen Rüttgers für die CDU hatte. Dieser liebe Kollege hat, was Braunkohlepolitik angeht, eine ganz unrühmliche Geschichte geschrieben. 2007 fiel im Regionalrat zu Köln eine Entscheidung gegen das Kraftwerkserneuerungsprogramm. Halten Sie sich fest, mit welchen Stimmen: CDU, Grüne und Linke waren diejenigen, die das damals verhindert haben – was zu den Verzögerungen von Investitionen geführt hat, die wir heute wahrscheinlich brauchen könnten; denn in der Tat haben wir heute keine Investitionsbedingungen, die es gestatten würden, neue Kraftwerke auf den Weg zu bringen. Damals wäre das vielleicht noch möglich gewesen.

Alles das gehört mit zur Wahrheit dazu. Das verschweigen Sie. Ich verstehe das. Der Kollege Laschet muss jetzt Profil gewinnen und versuchen, schnell Punkte zu machen. Das wird der Sache aber nicht gerecht. Ich sage das sehr deutlich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen das auch mit. Sie schauen sehr genau auf uns. Bei ihnen stehe ich auch in der Kritik. Das weiß ich. Ich halte das aus – aber nur, weil ich die Dinge sachlich beim Namen benenne und das Ganze nicht an parteipolitischen Punkten, die man sammeln will, festmache.